

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 36 – Bericht zur schulischen Assistenz

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Anke Erdmann:

Nr. 214.15 / 22.05.2015

Knoten gelöst – freie Fahrt für Schulassistenzen

Unsere Schulen brauchen mehr und flexiblere Unterstützung für Inklusion. Diese Aufgabe sollen ab Sommer Schulassistenzen in unseren Grundschulen übernehmen. Mehr als 300 Stellen stehen dafür bereit.

Sie sollen erstens flexibler einsetzbar sein als Schulbegleitungen, die sich eigentlich nur um jeweils ein Kind kümmern können. Diese Flexibilität ist besonders wichtig: Manchmal braucht eine Klasse in bestimmten Situationen Unterstützung, manchmal brauchen Kinder eben nur mal punktuell Hilfe und teilweise muss auch die Zeit überbrückt werden, bis eine Schulbegleitung wirklich zur Seite stehen kann. Es kneift im Unterricht und in den Pausen. Schulassistenzen sollen an den Grundschulen einfach etwas mehr Luft und Puffer bieten.

Darüber hinaus sind zwei weitere Punkte wichtig: Sie sollen fest ins Schulkollegium gehören und - das ist ebenfalls besonders wichtig - zusätzlich zu Schulbegleitungen in den Schulen ankommen.

Inklusive Schule gibt es nicht zum Nulltarif, darum gehen die Schulassistenzen extra an die Grundschulen. Auf keinen Fall sollten die Schulassistenzen plötzlich Schulbegleitungen ersetzen – als Spardose waren Schulassistenzen jedenfalls nicht gedacht.

Nun kann es endlich losgehen, viele Schulen stehen schon seit langem in den Startlöchern.

Nach einer monatelangen Hängepartie hat es gestern endlich einen Durchbruch gegeben. Die Lust am Gelingen, den Wunsch nach einer konstruktiven Lösung für inklusive Schulen, beides hat der Landkreistag in diesem Prozess vermissen lassen - ganz anders übrigens als Städte- und Gemeindetag.

Als die Verhandlungen mit dem Landkreistag im April völlig festgefahren waren, gab es Bewegung von einzelnen Kreisen. Der Landkreistag piff in einem Schreiben alle wieder in eine Blockadehaltung zurück. So kommen wir beim Thema inklusive Schule nicht voran. Nun gibt es eine Lösung, aber einfach geht anders.

Inklusive Schule – sie liegt in gemeinsamer Verantwortung. Und die Landesregierung hängt sich rein: 2013 haben Kreise und kreisfreie Städte rund 30 Mio. Euro für Schulbegleitung ausgeben. Im kommenden Jahr zahlen Kreise und kreisfreie Städte 17 Mio. Euro, das Land beteiligt sich mit rund 26 Mio. Euro an Schulbegleitung und Schulassistenz. Dazu kommen jährlich rund 17 Mio. Euro für Schulsozialarbeit – die Landesmittel hat diese Regierung vervierfacht und in diesem Jahr können 50 zusätzliche Förderlehrkräfte eingestellt werden.

Ein wirklich großer Schritt – auf einem langen Weg. Zurücklehnen werden wir uns aber auch in Zukunft nicht, Schulen brauchen Rückenwind für Inklusion!
